

Begründung für Stimmfreigabe

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **68 (1989)**

Heft 3: **Materialien zur "Schweiz ohne Armee"**

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340715>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Begründung für Stimmfreigabe

Zum Antrag des Parteivorstandes

Der Parteivorstand hat an seiner Sitzung vom 28. Januar 1989 mit 49 zu 21 Stimmen beschlossen, dem Parteitag vom 3. Juni Stimmfreigabe zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» zu beantragen. Der Parteivorstand hatte sich zuvor in einer Eventualabstimmung mit 28 zu 28 Stimmen und mit Stichentscheid des Präsidenten nur ganz knapp für die Nein-Parole entschieden.

Der Parteivorstand versteht diese Stimmfreigabe als politisch begründeten Standpunkt der SPS zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee» und nicht als Ausweichen vor einer politischen Entscheidung der Partei. Der allfällige Entscheid des Parteitages zugunsten der Stimmfreigabe soll in diesem Sinne nicht als Aufforderung an die Kantonalparteien und an die Sektionen verstanden werden, die Parolendiskussion nach dem schweizerischen Parteitag auf kantonaler und kommunaler Ebene erneut aufzurollen. Der Parteivorstand geht davon aus, dass der Entscheid des Parteitages auch im Falle einer Stimmfreigabe für die Kantonalparteien und für die Sektionen verbindlich ist.

Der Antrag des Parteivorstandes auf Stimmfreigabe ist zur Hauptsache in den folgenden Überlegungen begründet:

1. Mit der Stimmfreigabe trägt der Parteitag dem breiten Meinungsspektrum innerhalb der Partei in dieser Grundfrage Rechnung und respektiert die je nach ihrer geschichtlichen oder politischen Erfahrung unterschiedliche Haltung ihrer Mitglieder und die Freiheit des persönlichen politischen Entscheides in dieser Frage. Die in der Armeefrage zutage tretenden unterschiedlichen Strömungen und unterschiedlichen taktischen Positionen innerhalb der SP sind eine politische Realität, die es bei der Diskussion über

die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» zu berücksichtigen gilt.

2. Eine überdimensionierte Grundsatzdebatte innerhalb der SPS für und wider die Armeeab-schaffung würde verdrängen, was in der Sicherheits- und Friedenspolitik der SPS in den kommenden Jahren im Vordergrund stehen muss: eine aktivere Rolle der Schweiz in den internationalen Bestrebungen um Entspannung, blockübergreifenden Dialog und weltweite Abrüstung. Die SPS fordert die Ablehnung überrassender EMD-Rüstungsvorhaben, das Einfrieren der Rüstungsausgaben auf dem jetzigen Stand sowie die Lösung der Militärdienstverweigererfrage. Wichtig ist schliesslich der Einsatz zugunsten einer schweizerischen Sicherheitspolitik, welche weniger von militärischer Bedrohung spricht und statt dessen die Zerstörung von Umwelt und Lebensqualität als reale Bedrohung der Menschheit versteht. Der Antrag auf Stimmfreigabe soll dazu beitragen, dass die politisch richtigen Proportionen in der Diskussion um diese Initiative gewahrt bleiben.

3. Ein «differenziertes Nein» der SPS zur Initiative, verbunden mit einer grundsätzlichen Kritik der heutigen EMD-Armee- und -Rüstungspolitik, wird in der Abstimmungskampagne untergehen. Die politische Rechte wird alles daran setzen, die Volksab-

stimmung über die Armeeab-schaffungsinitiative zum Plebiszit für die Armee als heiliger Kuh der Nation zu machen. Mit einer Stimmfreigabe will die SPS zum Ausdruck bringen, dass sie dazu nicht Hand bietet.

4. Die Stimmfreigabe bedeutet keine Abkehr vom bisherigen SPS-Kurs in Fragen der Sicherheits- und Friedenspolitik. Der Parteivorstand hat vielmehr ein Dreizehnpunkte-Programm zur Friedens- und Sicherheitspolitik zuhanden des Parteitages verabschiedet, mit dem die politische Stossrichtung und die politischen Schwerpunkte der SPS für die kommenden Jahre festgesetzt werden. Mit diesem Schwerpunktprogramm wird der EMD- und armeekritische Kurs der Partei bestätigt und aktualisiert.

SPS-Pressekonferenz

Die Pressekonferenz der SPS zur Armeeabstimmung vom 23. Februar war gut besucht. Die armeekritische Position der SPS ist anerkannt. Die öffentliche Meinung begrüsst die Diskussion über den Frieden in der Welt und für eine redimensionierte Rüstungspolitik. Diesem Bild stehen die Kommentare zum Parolantrag gegenüber: Vom «Eiertanz» bis zu «Kapriolen» ist oft enttäuscht und spöttisch die Rede. Verlangt wird ein regierungstreues Nein, und einige wollen die SPS mit einem kompromisslosen Ja ins Abseits schubsen. Zwischentöne sind nicht gefragt. Dem Drang nach fundamentalem Schwarz und Weiss der Presseleute kann die SPS gerade hier nicht nachgeben. (rz)